

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruchsnappel und Tirschem.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsbringer entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespalt. Zeile 1,75, für auswärtig 2,00 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckerschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein-Callnberg.
Amtliches Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Dörfer.

Nr. 169

Freitag, den 23. Juli 1920

70. Jahrgang.

Lebensmittelverkauf in Lichtenstein-Callnberg.

Freitag, den 23. Juli 1920.
Stimbermarmelade, E.-M.-R. 3 Abschnitt 122, 1/2 Pfd. 95 Pfg.
Pferdefleisch-Verkauf am Sonnabend vormittag von 8 Uhr an, Untere Bachgasse Nr. 19.
Fleisch 1 Pfd. 5 Mk., Wurst 1 Pfd. 4 Mk.
Städtisches Lebensmittelamt.

Öffentl. Sitzung der Stadtverordneten

am Montag, den 26. Juli 1920 abends 7 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungslokal (Sparkassenverwaltungsgebäude).

- Lichtenstein-Callnberg, den 22. Juli 1920.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Tagesordnung:
1. Kenntnisnahme von der in Aussicht genommenen Autolinie Lichtenstein-Callnberg-Hohndorf-Ernstthal mit weiterem Anschluß dazu.
 2. Kenntnisnahme von der Abrechnung des Aktionsausschusses für das früher bewilligte Berechnungsgeld.
 3. Mitentscheidung wegen Erhöhung der Jahresentschädigung für den Musikdirektor der Stadtkapelle.
 4. Satzungen der städtischen Gewerbeschule.
 5. Mitentscheidung wegen Einreichung der hauptamtlichen Lehrer an der Gewerbeschule in die Besoldungsordnung.
 6. Nachbewilligung von 6000 Mk. für die Instandsetzung der Heizanlage der Turnhalle und einiger Klassenzimmer in der Diesterwegschule.
 7. Mitentscheidung wegen Bewilligung des Kostenaufwandes für das Streichen der Fenster in der Pestalozzischule.
 8. Pflanzstundenzahl der Volksschullehrer.
 9. Entschädigung an die Volksschullehrer für ihre Teilnahme an Schulausflügen.
 10. Beitritt zur öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen.
 11. Erwerbslosenfürsorge.
 12. Wahl von Delegierten nach Dresden zur Unterstützung des Antrages betr. Zivileinquartierung.
 13. Umfrage.

Amerikabilife.

Am **Sonnabend** vormittag von 9-12 Uhr sollen in der **Freibank** diejenigen, die vom Arzt oder von der Wohlfahrtsleiterin bestimmt worden sind, den von der Amerikabilife der hiesigen Einwohnerschaft unentgeltlich zur Verfügung gestellten **Lebentran** erhalten. Gefäße sind mitzubringen.

Lichtenstein-Callnberg, am 23. Juli 1920.
Der Stadtrat.
Wohlfahrtspsiegeamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Der „Secolo“ berichtet aus Paris, daß die Alliierten der Moskauer Sowjetregierung ein auf fünf Tage befristetes Ultimatum zur Einstellung der Feindseligkeiten auf bolschewistischem Gebiet übermittelt haben.
Hans George hat eine Rede über die allgemeine Lage in Europa (Deutschland, Polen, Türkei usw.) gehalten, die sich im wesentlichen mit den Ausführungen Willerands in der französischen Kammer deckt.
In Berlin kam es wieder zu Schlägereien von Streikenden mit französischen Soldaten.
Der Landtag in Thüringen hat den unabhängigen Abgeordneten Staatsrat Drochters-Ober einstimmig zum Präsidenten gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Staatsminister a. D. Dr. Bauer-Simonsen (Dn.) und zum zweiten Vizepräsidenten Staatsrat Rehaert-Altenburg (Dm.) gewählt.
Die österreichische Regierung hat zur Befreiung Deutsch-Westungarns eine eigene Brigade, die Brigade Burgenland, zusammengestellt. Diese Brigade hat vorläufig — bis die Sache der Weichung entschieden sein wird — ihren Garnisonort in Wien.

* Blättermeldungen aus Paris zufolge ist ein Verlangen der Alliierten an Deutschland, die Viehstruppen für Polen durch deutsches Gebiet zu transportieren, an die deutsche Regierung unterwegs. — In Rücksicht auf unsere Neutralitätserklärung kann die Antwort an die Entente nur ablehnend lauten.
* In Turin kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Truppen und Polizei.
* Ein gewaltiger Brand, der einen Schaden von mehreren Millionen Mark verursachte, hat am Dienstag abend gegen 10 Uhr das Gut Bietzsch bei Götterow heimgesucht, wobei 37 Pferde in der Flammen umkamen und erstere Futtervorräte, landwirtschaftliche Maschinen usw. vernichtet wurden.

Die Spa-Debatte im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 22. Juli. Im Reichswirtschaftsrat führte Reichswirtschaftsminister Scholz aus: Die Kohlenlieferungsverpflichtung Deutschlands halte er auch jetzt für fast unerfüllbar, wenn nicht für unerfüllbar. Der Vertrag von Spa könne nur ausgeführt werden, wenn wir befreit seien, unsere Kohlenproduktion auf das Äußerste zu steigern, und wenn wir die für unsere eigene Wirtschaft bestimmten Kohlen dieser zum Teil entsagen.
Die Mehrförderung könne nur geleistet werden, wenn die deutsche Arbeiterschaft mit bestem Willen an die Erfüllung des Abkommens herangeht.
Die Frage der Ausfuhr des Kohlenabkommens sei daher in erster Linie eine Arbeiterfrage und es müsse alle nur denkbaren Erleichterungen für die Arbeiter geschaffen werden. Diese Erleichterungen wären zunächst auf dem Ernährungsgebiete auszuführen. Es seien bereits Maßnahmen vorgesehen, die eine schnellere Ableserung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse herbeiführen würden. Auch die Bekleidung und Beschuhung der Bergarbeiter müsse verbessert werden. Ebenso dürfe nun nicht mehr über die Stehlungsfrage theoretisiert werden, sondern sie müsse schnelligst praktisch gelöst werden. Ganz falsch würde es auch sein, wenn in der Arbeiterschaft der Glaube entstände, das Kohlenabkommen solle auf Kosten der Arbeitsdauer ausgeführt werden. Die tariflich festgesetzte Schichtzeit dürfe nicht angetastet werden. Freier Vereinbarungen müsse alles weitere unterliegen.
Der Minister schloß: „Es ist bereits bekannt, daß ich mich dem Abkommen von Spa widersetzt habe, weil ich der Ansicht bin, daß es fast unerträglich, ja man kann sagen, völlig unerträglich ist.“
Trotzdem habe ich mich entschlossen, dafür einzutreten, daß dieses Abkommen restlos erfüllt wird. Denn es ist das Gebot der Stunde: Das zu erfüllen, was versprochen worden ist.
Reichsarbeitsminister Braun sprach sich im Sinne des Vorredners aus.
Reichsernährungsminister Dr. Hermes wies besonders darauf hin, daß uns durch den Prämienschlag von 5 Goldmark für die Tonne 10 Millionen Goldmark monatlich zuströmen werden, die man für die Ernährung der Bergarbeiter verwenden könne. Der Minister besprach sodann die Finanzierung der Ernährungshilfsaktion. Er führte aus, daß die Prämienzahlung für die gelieferten Kohlen nicht ausreiche, und daß deshalb die im Artikel 6 des Abkommens von Spa vorgesehenen Vorstöße herangezogen werden müssen. Es müsse auch vermieden werden, eine unüberbrückbare Kluft zwischen der Ernährung der Bergarbeiter und der anderen arbeitenden Bevölkerung im Reich zu schaffen. Alles in allem gäbe das Abkommen von Spa, vom Standpunkte der Ernährung gesehen, wesentliche Erleichterungen, auch hinsichtlich der drückendsten Senkung der Preise.
Redner erklärte, daß er eine Konferenz der Ernährungsminister v. Deutschland, England, Frankreich, Italien und Belgien einzuberufen, beantragt habe, um gemeinsam die Finanzierung der Ernährung und andere Fragen, vor allem aber einen künftigen gemeinsamen Einkauf zu besprechen, da nach seiner Meinung das Interesse aller Länder gerade in den Einkaufsfragen gemeinsam sei. Nach seinem Eindruck dürfe diese Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen sein, und zwar besonders bei den Engländern.

Nach der Rede des Ministers Hermes stellte das Reichswirtschaftsratsmitglied Wiffel den Antrag auf Vertagung. Das Haus nahm den Antrag auf Vertagung auf Sonnabend vormittag 10 Uhr an, da heute die wichtigen Besprechungen mit den Bergarbeiterführern stattfinden.

143. Sitzung der sächsl. Volkstammer.

53. Dresden, d. 22. Juli 1920.
Bevor das Haus in die Tagesordnung eintritt spielt sich ein bemerkenswerter Vorgang ab.
Der Abg. Vizepräsident Lipinski (Unabh.) erinnert daran, daß der sozialistische Antrag über den Eintritt des Staates in Privatbetriebe am Dienstag wegen Beschlussunfähigkeit des Hauses nicht zur Abstimmung gelangt sei und verlangt, daß nunmehr darüber abgestimmt werde. Er macht den Präsidenten Fräßdorf dafür verantwortlich und beschuldigt ihn, die Absicht gehabt zu haben, die Unabhängigen in ein schlechtes Licht zu rücken, weil während der Abstimmung kein Unabhängiger im Saale anwesend gewesen sei. Dem Präsidenten gelangt es sehr leicht, die Vorwürfe des Vizepräsidenten Lipinski zurückzuweisen, durch die Mitteilung, daß mit Einwilligung der Fraktion die Abstimmung bis nach den Ferien ausgesetzt werden solle, weil sich wahrscheinlich Modifikationen notwendig machten. Er befragt aber nunmehr die Kammer darüber, ob über den Antrag noch abgestimmt werden solle. Hierbei ereignet sich nun der sehr bezeichnende Vorgang, daß die Mehrheitssozialdemokraten ihren Präsidenten in Stich lassen und ihre früheren Beschlüsse verleugnen. Sie stimmen nunmehr dafür, daß morgen über den Antrag abgestimmt wird.
Sobann erledigt die Kammer eine Anzahl Etat-Kapitel.
Nächste Sitzung: Freitag, den 23. Juli, vormittags 10¹/₂ Uhr.

Die Russen wollen ihre Entschuldigungsaktion an allen Fronten beginnen.

Die „Morningpost“ meldet aus Warschau: Die Regierung erklärte Warschau für nicht ununterbrochen bedroht. Die Russen verschanzen sich am Niemen. Nach der „Daily Mail“ suchen die Russen neue große Truppenmassen bei Litauen zusammen. Der russische Minister erklärt, daß die Russen ihre Entschuldigungsaktion an allen Fronten beginnen wollen.

Mein deutsches Kriegsmaterial für Polen.
Berlin, 22. Juli. Die Redaktionen von dem Erscheinen russischer Kavallerie an der deutschen Front werden von der hiesigen ukrainischen und rumänischen diplomatischen Vertretung befragt.

Willerand wird gehen auch nach George haben den Polen die Hilfe der Entente unter bestimmten Voraussetzungen zugesagt. Gleichzeitig hat sich auch die Ententepresse damit beschäftigt, welcher Art die Hilfe in erster Linie sein könnte. Sie hat den Beschluß gemacht, Polen vorerst einmal durch Lieferung von Kriegsmaterial zu unterstützen, und zwar durch deutsches Kriegsmaterial, das angeblich in Österreich in großen Mengen lagere, und das Deutschland ja sowieso verpflichtet sei, der Entente auszuliefern. Wie wir an zulaufender Stelle erfahren, kann keine Rede davon sein, deutsches Kriegsmaterial den Polen auf Geheiß der Entente zu überliefern, es sei denn unter einem Bruch der Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Vertrag 169 des Friedensvertrages bestimmt zwar, daß das Kriegsmaterial der Entente auszuliefern ist, aber nicht zur Weiterverwendung, sondern zur Zerstörung und Unbrauchbarmachung. Der Verstoß der Ententeblätter ist also gegenstandslos, wenn nicht damit einer Umkehrung wegen einem Bruch der genannten Vertragsbestimmungen auch die Entente das Wort geredet werden soll.

Der rumänische Außenminister hat mit dem polnischen Gesandten in Bukarest längere Unterredungen gehabt. Man schließt auch mit Rücksicht auf die Teilmobilisierung der rumänischen Armee auf eine bevorstehende Einmischung Rumäniens in den polnisch-russischen Konflikt.